

UB Braunschweig 84



1204-689-0

I. Dienstordnung

für die

Lehrkräfte

an den Städtischen Bürgerschulen

zu

Braunschweig.

Braunschweig.

Buchdruckerei Hans Deding.

1903.

1. Allgemeine Bestimmung.

§ 1.

Als „Lehrer“ im Sinne dieser Ordnung gilt, wer an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig als Schuldirektor, Schulinspektor, Lehrer oder Lehrerin fest angestellt ist. (§ 3.)

Als „Hilfslehrer“ gelten diejenigen Personen, welche an den hiesigen Bürgerschulen im Lehramte, ohne angestellt zu sein, auf Probe oder zu ständiger Aushilfe beschäftigt werden.

2. Von der Begründung des Schuldienstes und den aus demselben hervorgehenden Rechtsverhältnissen.

§ 2.

Bezüglich der Befähigung zum Schuldienste gelten folgende Bestimmungen:

1. der Schuldirektor muß akademisch gebildet sein;
2. die Schulinspektoren müssen die von den Kandidaten für höhere Lehramter an Lehrerseminarien und Bürgerschulen nach Maßgabe der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 15. Januar 1872 Nr. 4 abzulegende Prüfung bestanden haben;

3. die ordentlichen (d. i. seminaristisch gebildeten) Lehrer müssen, um zur festen Anstellung gelangen zu können, die Schulamtsprüfung bestanden haben; zu deren Beschäftigung als Hilfslehrer genügt die Ablegung der Abgangsprüfung vom Lehrerseminar;

4. die ordentlichen Lehrerinnen müssen die Prüfung entweder für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für untere und mittlere Bürger- und andere Gemeindeschulen (Volksschulen) bestanden haben;

5. Fachlehrer (für Zeichnen und Turnen) müssen sich über ihre Fähigkeit durch Zeugnisse über ihren Bildungsgang ausweisen;

6. Fachlehrerinnen (für Handarbeiten und Turnen) die hier übliche Prüfung abgelegt haben;

7. die Prüfungen werden denjenigen erlassen, welche den diesseitigen Prüfungsanforderungen entsprechende Prüfungen in einem anderen deutschen Staate bestanden haben.

§ 3.

Die Anstellung der „Lehrer“ erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 17, auf Lebenszeit; dieselbe ist von Zurücklegung des 25. Lebensjahres abhängig.

Die Ernennung des Schuldirektors, der Schulinspektoren und der ordentlichen Lehrer geschieht auf Wahl des Stadtmagistrats von der Landesregierung; die Bestellung und Verpflichtung derselben erfolgt auf Anordnung des Herzoglichen Konsistoriums.

Die Fachlehrer und die Lehrerinnen werden vom Magistrate gewählt und, nach eingeholter Zustimmung des Herzoglichen Konsistoriums, vom Schulvorstande angenommen und zu ihrem Amte verpflichtet.

Der Stadtmagistrat behändigt dem „Lehrer“ beim Dienstantritte eine Anstellungsurkunde.

Die „Hilfslehrer“ — zu einstweiliger Verwaltung von Lehrerstellen, sowie zu allgemeiner Vertretung von an der Ausübung ihres Dienstes behinderten Lehrern und Lehrerinnen — werden ebenfalls vom Stadtmagistrate mit Genehmigung des Herzoglichen Konfi-

storiuns angenommen; dieselben sollen nach gut bestandener, für die Hilfslehrerinnen mindestens 3 Jahre umfassender Probedienstzeit bei Vorschlägen zur Besetzung von festen Lehrerstellen vorzugsweise berücksichtigt werden, erhalten übrigens durch ihre Heranziehung keinen Anspruch auf Anstellung.

§ 4.

Der Anspruch des „Lehrers“ auf Gewährung des mit dem Amte verbundenen Dienst Einkommens beginnt in Ermangelung besonderer Festsetzungen mit dem ersten Tage desjenigen Monats, in welchem der Dienstantritt erfolgt. Die Zahlung des Gehalts erfolgt monatlich im voraus.

Den „Hilfslehrern“ wird die Vergütung nach dem Schlusse eines jeden Monats gezahlt.

§ 5.

Der Schuldirektor, die Schulinspektoren und die fest angestellten Lehrer sind zur Teilnahme an der Beamten-Witwen- und Waisenverorgungsanstalt nach Maßgabe der Gesetze vom 22. März 1876 Nr. 30 und vom 20. Februar 1899 Nr. 9 berechtigt und verpflichtet.

Die ordentlichen Lehrer müssen der im Jahre 1869 mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums errichteten Sterbekasse der städtischen Lehrer der Stadt Braunschweig beitreten.

§ 6.

Der Schuldirektor ist zur Erteilung von Unterricht nicht verpflichtet.

Die Schulinspektoren an einer Schule mit 12 bis 14 Klassen erteilen in der Regel wöchentlich bis

15, an einer Schule mit 15 bis 18 Klassen bis 12 und an einer Schule mit mehr als 18 Klassen bis 8 Unterrichtsstunden.

Die ordentlichen Lehrer und die Fachlehrer, sowie die Hilfslehrer sind zur Erteilung von 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Dieselben sollen jedoch bis auf weiteres zu regelmäßiger Erteilung von nur 28 Stunden herangezogen werden; auch kann der Schulvorstand den Klassenlehrern der Oberstufe, den mit besonders zeitraubenden häuslichen Schularbeiten beschäftigten, sowie älteren und kränklichen Lehrern und den in der Vorbereitung auf die Schulumtprüfung begriffenen Hilfslehrern die Pflichtstunden verhältnismäßig abmindern.

Die ordentlichen Lehrerinnen und Hilfslehrerinnen sind bis auf weiteres zu regelmäßiger Erteilung von 23, die Fachlehrerinnen zu 28 wöchentlichen Stunden verpflichtet; vorbehaltlich der Befugnis des Schulvorstandes zur Abminderung dieser Zahl gegenüber älteren oder kränklichen Lehrerinnen.

Nicht voll beschäftigte Fachlehrer können bis zur Erfüllung ihrer Pflichtstundenzahl vom Stadtmagistrate mit Zustimmung des Schulvorstandes zu unentgeltlicher Erteilung von Unterricht an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule herangezogen werden; in welchem Falle 2 Abendstunden für 3 Tagesstunden zu rechnen sind.

§ 7.

1. Die Gehaltsverhältnisse der „Lehrer“ bestimmen sich nach folgenden Sätzen:

a) Der Schuldirektor bezieht ein Anfangsgehalt von 6000 Mark; dasselbe steigt nach Ablauf von je

drei Jahren um 400 Mark, bis zum Höchstbetrage von 8000 Mark.

b) Die Schulinspektoren erhalten ein Jahresgehalt von 3300 Mark; dasselbe steigt nach Ablauf von je drei Jahren um 300 Mark, bis zum Höchstbetrage von 5100 Mark.

Bei Beförderung eines Lehrers zu dem Amte eines Schulinspektors wird demselben diejenige Zeit, welche er im städtischen Dienste als fest angestellter Lehrer bereits zugebracht hat, bei seiner Einreihung in die Gehaltsstufen der neuen Amtsstelle insoweit angerechnet, daß er vor Zurücklegung des 56. Lebensjahres in den Genuß des Höchstgehaltes gelangt.

Dem Schulinspektor kann für die Dauer seiner Stellung an einer bestimmten Bürgerschule eine Dienstwohnung, vorbehaltlich des dem Stadtmagistrate auf Antrag des Schulvorstandes im Interesse der Schule auf den 1. April und 1. Oktober zustehenden vierteljährigen Kündigungsrechts, eingeräumt werden; der Wert der Dienstwohnung wird demselben mit jährlich 600 Mark auf sein Gehalt in Anrechnung gebracht.

c) Die ordentlichen Lehrer und die Fachlehrer beginnen mit einem Jahrgehälter von 1600 Mark.

Dieses Gehalt wird nach Ablauf

des 3. Dienstjahres auf 1900 Mark

"	6.	"	"	2200	"
"	9.	"	"	2400	"
"	12.	"	"	2600	"
"	15.	"	"	2800	"
"	18.	"	"	3000	"
"	21.	"	"	3200	"
"	24.	"	"	3400	"
"	27.	"	"	3600	" erhöht.

d) Die ordentlichen Lehrerinnen erhalten unter Anrechnung ihrer vorausgegangenen Probefristzeit ein Anfangsgehalt von 1200 Mark. Das letztere wird gesteigert bei den

für mittlere und höhere Mädchenschulen geprüften Lehrerinnen				
nach	3 Jahren	auf	1400	Mark
"	6	"	1600	"
"	9	"	1800	"
"	12	"	1900	"
"	15	"	2000	"
"	18	"	2100	"

für Volksschulen geprüften Lehrerinnen				
nach	3 Jahren	auf	1400	Mark
"	6	"	1600	"
"	9	"	1700	"
"	12	"	1800	"
"	15	"	1900	"
"	18	"	2000	"
"	21	"	2100	"

e) Die Fachlehrerinnen gelangen zur festen Anstellung nur, wenn Gelegenheit gegeben ist, dieselben voll zu beschäftigen. Das Gehalt derselben soll, unter Anrechnung ihrer Probefristzeit, 1000 Mark betragen und nach Umlauf von je drei Jahren um 100 Mark bis zum Höchstsatz von 1800 Mark steigen.

2. Bei Lehrern, welche nebenamtlich einen Kirchendienst bekleiden und dadurch im Genuße einer freien Wohnung oder einer Mietentschädigung sich befinden, wird diese Vergütung bei dem Einkommen vom Schuldienste mit dem Werte von jährlich 150 Mark in An-

rechnung gebracht. Zu dem pensionsberechtigten Einkommen wird der so festgestellte Wert mitgerechnet.

3. Die Zulagefristen laufen stets von dem 1. April an, und zwar, sofern die Anstellung in den neun ersten Monaten des Kalenderjahres stattgefunden hat, von dem 1. April eben dieses Jahres, anderenfalls von dem 1. April des nachfolgenden Jahres an.

4. Das Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse ist durch treue Pflichterfüllung bedingt. Darüber, ob einem „Lehrer“ die ihm in dieser Voraussetzung zugesicherte Gehaltserhöhung vorzuenthalten sei, wird auf Antrag des Schulvorstandes vom Herzoglichen Konsistorium, vorbehaltlich einer dagegen dem „Lehrer“ freistehenden Beschwerde an Herzogliches Staats-Ministerium, lediglich im Verwaltungswege entschieden.

5. Ein „Lehrer“, welcher bereits an einer anderen Schule angestellt war, kann nach erlangter Zustimmung der Stadtverordneten mit dem Gehaltsfaze einer höheren Altersklasse berufen werden.

6. Die Hilfslehrer erhalten, unter Anrechnung der vor ihrer Annahme bereits anderweit im öffentlichen Schuldienste innerhalb des Herzogtums verbrachten Zeit

im 1. Jahre	. . .	1000	Mark
„ 2. „	. . .	1100	„
„ 3. „	. . .	1200	„
„ 4. „	. . .	1300	„

Diejenigen Hilfslehrerinnen, welche als ordentliche Lehrerinnen beschäftigt werden, beziehen eine Vergütung von jährlich 1200 Mark.

Diejenigen Hilfslehrerinnen, welche Fachunterricht erteilen, erhalten, wenn sie für volle Stundenzahl (§ 6 Abs. 4) angenommen sind, eine Vergütung von 1000 Mark; anderenfalls erhalten dieselben bei ihrer An-

nahme für jede wöchentliche Unterrichtsstunde jährlich 32 Mark und nach Ablauf von je 4 Dienstjahren für jede wöchentliche Stunde jährlich eine Zulage von 4 Mark bis zum Höchstbetrage von jährlich 48 Mark.

§ 8.

Der Geschäftskreis des Schuldirektors in inneren Schulangelegenheiten bestimmt sich nach § 21 des Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 27. Oktober 1898 Nr. 54. In Betreff der äußeren Angelegenheiten hat derselbe das Schulinteresse unter Mitwirkung und bezw. nach den Anordnungen des Schulvorstandes wahrzunehmen.

Der Schuldirektor nimmt auf Aufforderung des Stadtmagistrats an den Verhandlungen der städtischen Behörden über Angelegenheiten der Bürgerschulen mit beratender Stimme teil.

§ 9.

Für die übrigen „Lehrer“, wie auch für die „Hilfslehrer“ werden die erforderlichen allgemeinen Dienstanweisungen, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieser Ordnung, von dem Schulvorstande mit Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums erlassen.

§ 10.

Schulinspektoren, Lehrer und Lehrerinnen können vom Schulvorstande im dienstlichen Interesse von einer Bürgerschule an eine andere versetzt werden.

§ 11.

Ein beurlaubter „Lehrer“ kann für die außerhalb der Schulferien nach den ersten 14 Tagen folgende, auf Urlaub zugebrachte Zeit Gehalt nicht verlangen.
— Diese Bestimmung findet keine Anwendung in Krank-

heitsfällen und in solchen Abwesenheitsfällen zu denen nach gesetzlicher Bestimmung die Beamten keines Urlaubs bedürfen, bezw. zu denen denselben der Urlaub nicht ver sagt werden darf.

§ 12.

Ein „Lehrer“, welcher sich ohne den vorschriftsmäßigen Urlaub von seinem Amte entfernt hält oder den erteilten Urlaub überschreitet, ist, wenn ihm nicht besondere Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, für die Zeit der unerlaubten Entfernung seines Dienststeinkommens verlustig. Die Entziehung des Dienststeinkommens wird vom Schulvorstande verfügt.

§ 13.

Die Lehrer und Lehrerinnen können von dem ihnen vorgesetzten Schulinspektor

1. innerhalb ihrer Pflichtstundenzahl ohne besondere Vergütung in jeder beliebigen Klasse, die Lehrerinnen jedoch nur in Mädchenklassen, zu kurzzeitiger Aushilfe verwandt, auch

2. im Einverständnis des Schuldirektors bis zu wöchentlich vier Unterrichtsstunden über das Maß ihrer Pflichtstunden hinaus zu unentgeltlicher Vertretung zeitweilig an der Ausübung ihres Berufs ver hinderter Lehrer auf die Dauer von vier Wochen herangezogen werden.

Zu einer auf die Dauer von vier Wochen und zugleich die Zahl der Pflichtstunden übersteigenden Vertretung ist das Lehrpersonal nur auf eine von dem Schuldirektor mit Zustimmung des Schulvorstandes getroffene Anordnung und nur gegen besondere Vergütung verpflichtet. Diese Vergütung soll den (ordentlichen, wie den Hilfs-) Lehrern und Lehrerinnen für

jede einzelne Unterrichtsstunde in einem Hauptfache an der Oberstufe mit 1,75 Mark, an den übrigen Stufen mit 1,40 Mark, den Fachlehrern aber mit 1,25 Mark, und den Fachlehrerinnen mit 1 Mark für jede einzelne Unterrichtsstunde gewährt werden.

§ 14.

Im Bedürfnisfalle kann der Schulvorstand zu vorübergehender und jederzeit widerruflicher Ersetzung behinderter Lehrer oder Lehrerinnen geeignete außerordentliche Hilfskräfte verwenden. Für die Leistung solcher Aushilfe wird eine Entschädigung nach den im letzten Absätze des § 13 aufgeführten Sätzen gewährt.

3. Von der Oberaufsicht über die „Lehrer“ und den Disziplinarmaßregeln.

§ 15.

Die Handhabung der Oberaufsicht und der Disziplinalgewalt über die „Lehrer“ und über die im Schuldienste ohne Anstellung beschäftigten Personen bestimmt sich nach dem Gesetze vom 13. Juni 1890 Nr. 28. Die angestellten Lehrerinnen sind den sämtlichen Bestimmungen des Artikels I dieses Gesetzes unterworfen.

4. Von der Auflösung des Dienstverbandes.

§ 16.

Jeder „Lehrer“ kann ohne Anführung von Gründen seine Verabschiedung fordern, welche bei den vom Landesherrn ernannten Lehrern von diesem zu erteilen ist. Der „Lehrer“ hat jedoch von seinem beabsichtigten Austritte mindestens drei Monate vorher dem Schulvor-

stande Anzeige zu machen, widrigenfalls ihm das Entlassungszeugnis verweigert werden kann.

Der auf sein Gesuch Verabschiedete verliert Anspruch auf Gehalt oder Pension.

Die Verheiratung einer Lehrerin hat die Aufhebung ihrer Anstellung zur Folge.

§ 17.

Dem Landesherrn steht die Befugnis zu, einen von ihm ernannten Schuldirektor, Schulinspektor oder ordentlichen Lehrer, insoweit nicht bei der Anstellung selbst ein anderes ausdrücklich bestimmt ist, innerhalb der ersten drei Jahre seiner Anstellung im Dienste der Bürgerschulen der Stadt zu verabschieden.

Dieselbe Befugnis hat bezüglich der Fachlehrer und der Lehrerinnen das Herzogliche Konsistorium.

Der auf solche Weise Verabschiedete hat weder Recht auf Gehalt, noch auf Pension.

§ 18.

Bei den „Hilfslehrern“ kann der Stadtmagistrat von dem Rechte der Entlassung oder der Kündigung nur auf Antrag des Schulvorstandes und mit Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums Gebrauch machen.

Das Recht des Widerrufs eines Auftrages zu außerordentlicher Hilfeleistung (§ 14) steht dem Schulvorstande zu.

§ 19.

Die Versetzung des „Lehrers“ in den Ruhestand erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 49 bis 51 des Gesetzes vom 27. Oktober 1898 Nr. 54 mit der Maß-

gabe, daß die Entscheidung über die Pensionierung der Lehrerinnen dem Herzoglichen Konsistorium zugeht.

Bei Berechnung der Dienstzeit zur Ermittlung der Größe der Pension wird

1. ein angefangenes Dienstjahr als ein volles gezählt;

2. nicht nur diejenige Zeit, während welcher der „Lehrer“ an einer anderen Gemeindeschule des Herzogtums als Lehrer (vergl. § 51 des Gesetzes vom 27. Oktober 1898) angestellt gewesen ist, sondern auch die Zeit in Anrechnung gebracht, während welcher derselbe ein Schulamt an einer anderen städtischen Schulanstalt der Stadt Braunschweig bekleidet hat; dagegen gelangt

3. die Zeit, welche der „Lehrer“ an einer sonstigen Schule zugebracht hat, nur dann zur Anrechnung, wenn und soweit solches bei diesseitiger Anstellung ausdrücklich bedungen ist.

Zu dem der Berechnung der Pension zu grunde zu legenden Dienst Einkommen wird auch der Wert der einem Schulinspektor eingeräumten Dienstwohnung (§ 7 unter 1 b), imgleichen der einem Lehrer vom Dienstgehaltene abgezogene Wert seiner Bezüge aus einem gleichzeitig verwalteten Kirchendienste (§ 7, 2) gerechnet.

Der in den Ruhestand Versetzte wird im Genuße der ihm schulseitig eingeräumten Dienstwohnung bis zum Schlusse des laufenden Vierteljahrs belassen.

§ 20.

Der Witwe und den ehelichen Nachkommen eines im Dienste oder in Pension gestorbenen Schuldirektors, Schulinspektors oder Lehrers gebührt für die auf den Sterbemonat folgenden beiden Monate noch die volle

Besoldung bezw. Pension des Verstorbenen. (Gnadenmonate.) Die beiden Gnadenmonate werden ebenmäßig den ehelichen Nachkommen einer im Witwenstande verstorbenen Lehrerin gewährt.

Wenn eine Witwe vorhanden ist, erfolgt die Zahlung der Gnadenmonate an diese; in anderen Fällen bestimmt endgültig der Stadtmagistrat, an wen die Zahlung geleistet werden soll.

Die von dem Verstorbenen bewohnte Dienstwohnung muß von der hinterbliebenen Familie am Schlusse des auf den Sterbemonat folgenden zweiten Monats geräumt werden, ohne daß dafür eine Entschädigung gewährt wird.

4. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 21.

Nach dem Inkrafttreten dieser Dienstordnung erhalten die zu diesem Zeitpunkte bereits angestellten „Lehrer“ nach Maßgabe der Bestimmung des § 7 unter Nr. 3 zu ihrem bisherigen Gehalte die im § 7 vorgesehene Anfangs- bezw. ordentliche Zulage. Die Frist für diese Zulage wird so berechnet, wie wenn die seit der festen Anstellung (frühestens vom zurückgelegten 25. Lebensjahre an) verflossene Zeit unter der Herrschaft der gegenwärtigen Ordnung zugebracht wäre.

Die vorstehende Bestimmung findet sinngemäße Anwendung auf die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Ordnung sich bereits im städtischen Schuldienste befindenden „Hilfslehrer“.

§ 22.

Diejenigen zur Zeit festangestellten Fachlehrerinnen, welche infolge dieser neuen Gehaltsordnung vorübergehend eine Einbuße an ihrem gegenwärtigen Dienst-

einkommen erleiden würden, werden in die neuen Gehaltsklassen so eingeordnet, daß sie keinen Nachteil erleiden.

§ 23.

Diese Ordnung tritt mit dem 1. Januar 1901 in Kraft. Gleichzeitig verliert die Dienstordnung für die Lehrer an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 11. Mai 1891 ihre Gültigkeit.

Die vorstehende, von uns nach Anhörung des Schulvorstandes und, soweit erforderlich, mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossene Ordnung ist mittelst Reskripts des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 4. Dezember 1900 Nr. 4071 B genehmigt worden.

Braunschweig, den 15. Dezember 1900.

Der Stadtmagistrat.

Laut Verfügung des Stadtmagistrats vom 16. Februar 1900 sind die an den städtischen Bürgerschulen angestellten vollbeschäftigten Lehrerinnen verpflichtet, der Lehrerinnen-Sterbekasse beizutreten.

II. Dienstsanweisung

für die

Lehrer und Lehrerinnen
an den Städtischen Bürgerschulen

zu

Braunschweig.



I. Verhältniß der Lehrer und Lehrerinnen zu den Vorgesetzten der Schule.

1. Die nächsten Vorgesetzten.

Die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen, die Fachlehrer und Fachlehrerinnen, sowie die auf Probe angenommenen Lehrer und Lehrerinnen haben den Direktor der städtischen Bürgerschulen und den Schulinspektor derjenigen Schule, an welcher sie unterrichten, als ihre nächsten Vorgesetzten zu achten und alle ihre dienstliche Stellung betreffenden Anordnungen derselben pünktlich zu befolgen.

Von ihren Vorgesetzten dagegen haben sie nicht nur die ihrem Amte und ihrer Stellung gebührende Achtung, sondern auch die Wahrung ihrer Rechte sowie ihres Ansehens zu erwarten.

2. Geschäftsverkehr.

In allen auf ihr Verhältniß zu der Schule sich beziehenden Angelegenheiten dürfen sie sich nur an den ihnen vorgesetzten Schulinspektor und durch diesen an den Schuldirektor und die Schulbehörden wenden.

Beschwerden über den Schulinspektor sind bei dem Schuldirektor, Beschwerden über diesen bei dem Bürger-
schulvorstande anzubringen.

3. Nebenbeschäftigungen.

Zur Uebernahme eines jeden Nebenamtes ist die Genehmigung des Schulvorstandes und des Herzoglichen Konsistoriums, zur Ertheilung von Privatunterricht innerhalb der durch den Schulvorstand gezogenen Grenzen die Erlaubnis des betr. Schulinspektors erforderlich.

Diejenigen Lehrer, welche die Schulamtsprüfung noch nicht bestanden haben, die ordentlichen Lehrerinnen und die voll beschäftigten Fachlehrerinnen dürfen weder ein Nebenamt übernehmen, noch Privatunterricht ertheilen.

4. Außergewöhnliche Vorfälle.

Von jedem außergewöhnlichen Vorfälle in der Schule und in der Schulklasse muß der betreffende Schulinspektor, wenn nötig, sogleich, zu mindesten aber nach Beendigung des Schulunterrichts, in Kenntniß gesetzt werden.

5. Pflicht- und Ueberstunden.

Die angestellten und die auf Probe angenommenen Lehrer und Lehrerinnen können von dem ihnen vorgesetzten Schulinspektor

1. innerhalb ihrer Pflichtstundenzahl ohne besondere Vergütung in jeder beliebigen Klasse, die Lehrerinnen jedoch nur in Mädchenklassen, zu kurzzeitiger Aushilfe verwandt, auch
2. im Einverständnis mit dem Schuldirektor bis zu wöchentlich vier Unterrichtsstunden über das Maß ihrer Pflichtstunden hinaus zu unentgeltlicher Vertretung zeitweilig an der Ausübung ihres Berufes verhinderter Lehrer und Lehrerinnen auf die Dauer von vier Wochen herangezogen werden.

Zu einer die Dauer von vier Wochen und zugleich die Zahl der Pflichtstunden übersteigenden Vertretung ist das Lehrpersonal nur auf eine von dem Schuldirektor mit Zustimmung des Schulvorstandes getroffene Anordnung und nur gegen besondere Vergütung verpflichtet.

6. Vertauschung von Unterrichtsstunden.

Eine jede unter den Lehrern und Lehrerinnen einer Schule verabredete Vertauschung von Unterrichtsstunden oder Vertretung in denselben bedarf der Genehmigung des Schulinspektors.

7. Urlaub.

In Behinderungsfällen durch Krankheit haben die Lehrer und Lehrerinnen möglichst frühzeitig, mindestens aber vor dem Anfange des Schulunterrichts, den Schulinspektor unter Angabe des Grundes um Anordnung ihrer Vertretung zu bitten, sind auf Anfordern des Schulinspektors zur Beibringung einer ärztlichen Bescheinigung verpflichtet und dürfen innerhalb der Schulwochen nur mit Wissen und Willen desselben die Stadt verlassen. Bei Beendigung solcher Dienstbehinderung ist von der beabsichtigten Wiederaufnahme des Unterrichts dem Schulinspektor Tags vorher Anzeige zu machen.

Sollten Lehrer oder Lehrerinnen aus anderen Gründen Urlaub zu erhalten wünschen, so haben sie die Bitte dem Schulinspektor möglichst frühzeitig vorzutragen und sich der getroffenen Entscheidung zu unterwerfen.

Die zu einer militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrer haben solches sogleich nach empfangener Bestellungsorder persönlich dem Schulinspektor anzuzeigen.

In allen Behinderungsfällen ist tunlichst dem Schulinspektor ein Verzeichnis der fälligen und zunächst zu erledigenden Schularbeiten rechtzeitig mitzuteilen.

Nach Ablauf eines jeden Urlaubs wie auch jeder sonstigen Dienstbehinderung haben die Lehrer und Lehrerinnen sich persönlich bei dem Schulinspektor zu melden.

8. Amtliche Konferenzen.

An den amtlichen Konferenzen hat der gesamte Lehrkörper regelmäßig teilzunehmen und in Bezug auf dieselben allen näheren Bestimmungen des Schulinspektors oder des Schuldirektors bereitwilligst Folge zu leisten.

II. Verhältniß der Lehrer und Lehrerinnen zu der Schule.

1. Hinsichtlich der Bildung der Schulkinder.

9. Bildung der Kinder.

Die Lehrer und Lehrerinnen haben bei gewissenhafter Sorge für ihre eigene Fortbildung die ihnen anvertrauten Schulkinder fleißig und sorgsam zu unterrichten, auch zu wahrer Gottesfurcht, zu sittlichem Wandel und vaterländischer Gesinnung zu erziehen.

10. Das Vorbild der Lehrer.

Zu dem Ende sind sie verpflichtet, den Kindern durch einen sittlichen, christlichen Lebenswandel ein gutes Vorbild zu geben, sowie durch ein ernstes und würdevolles, zugleich aber wohlwollendes, liebeiches, durch Selbstbeherrschung und Geduld sich auszeichnendes Verhalten, durch strenge Gerechtigkeitsliebe und durch gewissenhafte Pünktlichkeit in der Erfüllung aller ihnen obliegenden Pflichten sich die Achtung, die Liebe und das Vertrauen ihrer Schulkinder zu erwerben.

11. Sittliches Verhalten der Schulkinder.

Sie werden ferner auf das Betragen der Kinder nicht allein in der Schule, sondern auch tunlichst außerhalb derselben sorgfältig achten, die bei Unrechtfertigkeiten Betroffenen zu einem besseren Verhalten mit Ernst ermahnen und, was die Schule betrifft, streng anhalten, falls aber ihre Ermahnungen und Strafen fruchtlos bleiben, dem nächsten Vorgesetzten behuf Ergreifung nachdrücklicherer Maßregeln Anzeige machen.

12. Der Unterricht.

Sie werden sich ferner genau nach dem Lehr- und Stundenplane richten, sich auf jede Unterrichtsstunde gewissenhaft vorbereiten, eine genaue Verteilung der Lehrgegenstände auf die für den Lehrkursus bestimmte Zeit vornehmen, die schriftlichen Arbeiten der Kinder außer der Unterrichtszeit verbessern und die Kinder mit strenger Beharrlichkeit zur Aufmerksamkeit, zum Fleiße und zur Ordnung anhalten.

13. Schularbeiten.

Häusliche Arbeiten werden für jeden Schultag aufgegeben, und es gelten für dieselben folgende Grundsätze:

- a) Jede Aufgabe wird stets in der Schule genügend vorbereitet, ist deutlich und bestimmt.
- b) Sie entspricht der Leistungsfähigkeit der Kinder, ist weder zu leicht noch zu schwer.
- c) Der Umfang der häuslichen Aufgaben wird stets so bemessen, daß den Kindern noch hinreichende Zeit für das Familienleben, die Pflichten des Hauses und die Pflege der Gesundheit bleibt.
- d) Jede häusliche Arbeit findet eine entsprechende Beurteilung und Würdigung von seiten des Lehrers. Auf pünktliche und vollständige Lösung der Aufgaben wird ebenso streng gehalten, wie auf saubere und sorgsame Ausführung derselben.
- e) Von dem Morgen auf den Nachmittag desselben Tages werden häusliche Arbeiten nicht aufgegeben.

Unterrichten in einer Klasse mehrere Lehrer und Lehrerinnen, so verständigen dieselben sich über die Verteilung der von ihnen aufgegebenen häuslichen Arbeiten auf die einzelnen Schultage. Zu Anfang eines jeden Schuljahrs werden die regelmäßig wiederkehrenden häuslichen Arbeiten in der Konferenz festgesetzt.

14. Besondere Pflichten der Klassenlehrer.

Die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen werden sich durch öftere Besprechung mit den übrigen Lehrern und Lehrerinnen der Klasse von dem Verhalten und den Leistungen der ihnen anvertrauten Kinder in fort-

während der genauer Kenntnis erhalten, das Klassen- und Rechenschaftsbuch regelmäßig nachsehen und die von den übrigen Lehrern und Lehrerinnen der Klasse getadelten oder bestraften Kinder besonders überwachen.

Insonderheit haben die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen der untersten Schulklassen dem ihnen vorgesetzten Schulinspektor gegenüber folgende Verpflichtungen:

- a) Sobald sich herausgestellt hat, daß körperlich oder geistig unreife Kinder in die Schule aufgenommen sind, so ist davon dem Schulinspektor Anzeige zu machen.
- b) Gegen Ende des Schuljahrs werden die nach zweijährigem Klassenbesuche unversetzbaren Kinder behuf Ueberführung derselben in die Hilfschule zur Anzeige gebracht.

2. Hinsichtlich der Schulordnung und der Schulzucht.

15. Beginn des Unterrichts.

Die Lehrer und Lehrerinnen haben sich in den ersten Morgen- und Nachmittagsstunden pünktlich mit dem Vollschnge in ihrer Klasse einzufinden und das Schulzimmer vor dem Beginne des Unterrichts nicht wieder zu verlassen.

Sobald mit der Glocke das Zeichen gegeben wird, ist der Unterricht zu beginnen und nicht eher zu schließen, bis wiederum geläutet wird.

Die Lehrer und Lehrerinnen dürfen nie ohne dringende Not vor gänzlicher Beendigung des Unterrichts, und ehe die Kinder sämtlich fortgegangen sind, die Klasse verlassen.

16. Die Pausen.

Sämtliche Lehrer und Lehrerinnen sind verpflichtet, nach den Anweisungen des Schulinspektors während der Pausen die Kinder auf dem Schulhofe und innerhalb der Schulräume zu beaufsichtigen.

17. Aufnahme und Entlassung von Schulkindern.

Die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen dürfen nur solche Kinder in ihrer Klasse zulassen, welche ihnen von dem Schulinspektor durch Aufnahmeschein oder Verzeichnungsliste überwiesen werden.

Umschulungen und Entlassungen von Schulkindern zu verfügen, sind die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen nicht befugt.

18. Schulbesuch.

Die Lehrer und Lehrerinnen haben gewissenhaft auf möglichst regelmäßigen und pünktlichen Schulbesuch zu halten.

Zu dem Zwecke sind die Versäumnislisten mit Genauigkeit zu führen und an jedem Sonnabend nach beendigtem Schulunterricht dem Schulinspektor zu übergeben.

In der Regel soll die Schulversäumnis nur dann als entschuldigt angesehen werden, wenn das Kind durch Krankheit am Schulbesuche behindert gewesen ist, oder wenn für das Kind vor der Versäumnis Urlaub erbeten und erteilt worden ist.

Sobald ein Kind länger als zwei Tage die Schule versäumt, ohne daß der Klassenlehrer bezw. die Klassen-

Lehrerin von dem Grunde der Versäumnis genaue Kenntniss erhalten hat, muß dem Schulinspektor schriftlich Anzeige gemacht werden.

Die wegen unentschuldigter Schulversäumnis vom Stadtmagistrate oder von dem Herzoglichen Amtsgerichte zu bestrafenden Personen werden in der Regel nach Ablauf eines jeden halben Monats, in besonders dringenden Fällen jedoch bereits nach drei Tagen, dem Schulinspektor schriftlich angezeigt.

19. Beurlaubung von Kindern.

Die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen sind befugt, ihren Schulkindern nach Befinden der Umstände bis zu zwei Tagen Urlaub zu erteilen, jedoch ist diese Befugnis da, wo sie mißbraucht oder nicht in der rechten Weise ausgeübt wird, jederzeit widerruflich.

20. Verspätungen.

Die Lehrer und Lehrerinnen haben ernstlich dafür zu sorgen, daß das zu späte Eintreffen der Kinder in der Schule möglichst verhütet werde (§ 15 Abs. 1). Bei wiederholten Verspätungen eines und desselben Kindes müssen die Eltern davon schriftlich in Kenntniss gesetzt werden. Sollten diese Mittheilungen fruchtlos sein, so werden die Verspätungen am Ende des betreffenden halben Monats, unter Umständen bereits nach drei Tagen, dem Schulinspektor in derselben Weise schriftlich angezeigt, wie unentschuldigte Schulversäumnisse (§ 18 Abs. 5).

21. Ordnung in den Klassen.

Während der Unterrichtszeit dürfen die Schulkinder nicht ausgeschickt werden, am wenigsten darf dies im persönlichen Dienste oder Interesse des Lehrers oder der Lehrerin geschehen.

Auch das störende Hinausgehen der Kinder während der Unterrichtszeit muß möglichst verhütet werden.

Zugleich ist darauf hinzuwirken, daß in den Klassen und allen zur Schule gehörenden Räumlichkeiten Ruhe, Ordnung und Reinlichkeit erhalten werden, daß die Kinder selbst ordnungsmäßig gereinigt und möglichst anständig gekleidet in der Schule erscheinen, daß sie mit anständiger Ruhe das Schulhaus verlassen und sich auf dem Schulwege überall geziemend betragen.

Alle Lehrer und Lehrerinnen sind verpflichtet, bei Schulkindern wahrgenommene Ungehörigkeiten zu rügen und nötigenfalls dem Klassenlehrer bezw. der Klassenlehrerin zur Anzeige zu bringen.

Falls die von den Kindern benutzten Räume den darüber bestehenden Vorschriften gemäß nicht gründlich gereinigt sind, hat der Lehrer oder die Lehrerin bei dem Schulinspektor davon Anzeige zu machen.

22. Unterrichtsmittel.

Die zu dem Unterrichte erforderlichen Gegenstände erhalten die Lehrer und Lehrerinnen auf schriftliche Anforderung durch den Schulinspektor geliefert. Sie haben für die möglichst gute Erhaltung derselben Sorge zu tragen, ein genaues Verzeichnis darüber und über die ihnen eingehändigten, der Schule gehörenden Bücher zu führen und dasselbe alljährlich zu Ostern mit Angabe des Zu- und Abganges dem Schulinspektor ein-

zureichen, auch erforderlichenfalls den Vorgesetzten der Schule Einsicht in das gesamte ihnen übergebene Schuleigentum zu gestatten.

In den unteren Bürgerschulen sowie in der Hilfschule muß außerdem die angemessene Verwendung der gelieferten Unterrichtsmittel sorgsam überwacht werden, namentlich sind die Unterrichtsbücher mindestens alle Vierteljahr einmal zu besichtigen. Diejenigen Schulkinder, welche die ihnen gelieferten Bücher in leichtsinniger oder gar mutwilliger Weise verwahrloßt und unbrauchbar gemacht haben, werden dem Schulinspektor angezeigt.

23. Schriftweisen der Klassen.

Die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen sind verpflichtet, nicht nur den Schulkindern die vorgeschriebenen Zeugnisse auszufertigen, sondern auch nach den näheren Bestimmungen des Schulinspektors die erforderlichen Listen, Uebersichten und dergl. aufzustellen und in den festgesetzten Zahlungsstunden die Schulgelder zu erheben und abzuliefern.

Derartige schriftliche Arbeiten sind außerhalb der Unterrichtszeit vorzunehmen.

24. Klassenbuch und Personalakten.

In jeder Klasse wird ein nach Vorschrift eingerichtetes Klassenbuch und für jedes einzelne Schulkind eine Personalakte geführt.

25. Schulstrafen im allgemeinen.

Als Schulstrafen dürfen seitens des Lehrers bezw. der Lehrerin, seitens des nächsten Vorgesetzten der Schule oder des gesamten Lehrkörpers zur Anwendung kommen:

Verweise, die Versetzung oder Stellung des Schuldigen auf einen besonderen Platz innerhalb des Schulzimmers, das Zurückbehalten der betr. Schüler in der Schule oder das Nachsitzen in der Nachmittagschulzeit; bei Knaben körperliche Züchtigungen.

Bei der Bemessung von Schulstrafen ist auf das Alter, das Geschlecht, das Temperament, die Bildungsstufe und den Gesundheitszustand des betreffenden Schulkindes gebührende Rücksicht zu nehmen.

In den Fällen, in welchen Ermahnungen, Warnungen und die oben aufgeführten Strafen nicht ausreichen, haben die Lehrer und Lehrerinnen im Einverständnis mit dem Schulinspektor strengere und durchgreifendere Maßregeln zu treffen.

Während der Unterrichtsstunden dürfen Untersuchungen nur in ganz besonders dringenden Fällen stattfinden. Ob sie vor der versammelten Klasse zu führen sind, hängt von der Sache selbst ab.

26. Das Nachsitzen.

Werden Schulkinder zur Strafe in der Schule zurückbehalten, so dürfen sie nicht ohne Aufsicht eines Lehrers bzw. einer Lehrerin und ohne zweckmäßige Beschäftigung gelassen werden. Mit Nachsitzen bestrafte Kinder in solche Klassen zu führen, in welchen noch Unterricht erteilt wird, ist nicht gestattet. Das Nachsitzen hat sich an die übliche Schulzeit anzuschließen; indessen dürfen die Kinder in der Regel nie länger als 5 Stunden hintereinander innerhalb der Schulräume verweilen und für gewöhnlich nicht länger als eine Stunde zurückbehalten werden; die Eltern sind davon jedesmal zu benachrichtigen. Bei einer längeren

Dauer, welche jedoch nur mit Genehmigung des Schulinspektors eintreten darf, sind die Eltern jedesmal schriftlich von der verhängten Strafe in Kenntniß zu setzen.

27. Körperliche Züchtigungen.

Körperliche Züchtigungen von Mädchen und schwächlichen Knaben sind den Lehrern und Lehrerinnen nicht gestattet. In den Knabentassen dürfen sie nur bei groben Vergehen, niemals wegen bloßen Unfleißes eines Knaben, vorkommen, und nur, wenn alle übrigen Strafmittel erschöpft sind.

Zum Schlagen ist nur ein mäßiger, nicht zu biegsamer Rohrstock gestattet. Derselbe muß für gewöhnlich im Klassenschrantke verschlossen aufbewahrt werden.

Ueber jede körperliche Züchtigung ist eine bezügliche Bemerkung mit ausdrücklicher Bezeichnung der Ursache der Bestrafung in das Klassenbuch einzutragen.

Das Schlagen an den Kopf, sowie das Schlagen mit einem Lineale, das Zupfen an den Ohren oder Haaren und die Anwendung eines ähnlichen Strafmittels ist verboten.

28. Besondere Disziplinar mittel.

Sollten einem Lehrer oder einer Lehrerin trotz der angemessenen Anwendung der gestatteten Strafmittel dennoch besondere Schwierigkeiten in der Handhabung der Schulzucht begegnen, so ist es ihre Pflicht, in solchen Fällen die Mitwirkung des Schulinspektors in Anspruch zu nehmen.

3. Hinsichtlich der Gesundheitspflege.

29. Die Luft in den Klassen.

Die Luft muß sowohl in den Klassen, wie auf den Vorhöfen möglichst rein erhalten werden.

Zu diesem Zwecke sind, so lange geheizt wird, die vorhandenen Lüftungsvorschriften angemessen zu benutzen. Bei warmem Wetter müssen auch die Fenster so viel wie möglich offen gehalten werden. In den Zwischenzeiten ist für eine gründliche Durchlüftung tunlichst zu sorgen.

30. Wärme, Bekleidung der Kinder.

Die Wärme in den Klassen muß angemessen, darf vor allem nicht zu hoch sein. Es sind deshalb die Klassenthermometer zu Rate zu ziehen.

Zugleich ist sorgsam darauf zu achten, daß die Schulkinder während ihres Aufenthaltes in der Klasse nicht zu warm gekleidet, bei dem Aufenthalte auf dem Schulhofe aber während der Pausen gegen das Wetter genügend geschützt sind.

31. Das Licht in den Klassen.

Bei allen Arbeiten in der Klasse, welche vornehmlich das Auge in Anspruch nehmen, darf an keinem Platze, wo Schulkinder sitzen, genügender Licht fehlen. Sobald dies eintritt, muß der Unterricht so verändert werden, daß Lesen, Schreiben, Zeichnen, Nadelarbeit nicht vorkommt.

Bei greller Beleuchtung durch Sonnenlicht oder durch strahlende Flächen sind die Fenstervorhänge zu benutzen.

Beim Sitzen haben die Kinder eine richtige, die Gesundheit nicht benachteiligende Körperhaltung einzunehmen, besonders bei dem Schreiben und Zeichnen.

32. Ansteckende Krankheiten.

Bei Erkrankungen von Schulkindern hat der Lehrer und die Lehrerin möglichst die Art der Erkrankung in Erfahrung zu bringen.

Mit Keuchhusten befallene Kinder dürfen während der Dauer der Krankheit die Schule nicht besuchen. An Scharlach oder Rachenbräune erkrankte Kinder sind während der Dauer der Krankheit und nach der Genesung so lange vom Schulbesuche auszuschließen, bis glaubhaft, möglichst vom Arzte, bescheinigt wird, daß eine Gefahr der Ansteckung nicht mehr vorhanden ist.

Aus Familien, in welchen Kranke mit Scharlach oder Rachenbräune sich befinden, darf niemand zur Schule kommen, es sei denn, daß eine Bescheinigung des Arztes über die Beseitigung der Ansteckungsgefahr vorgelegt werde. In jedem Einzelfalle ist der Schulinspektor zu benachrichtigen.

Anderer Krankheiten bieten nur dann Veranlassung zur zeitweiligen Ausschließung der Schulkinder vom Schulbesuche, wenn der betreffende Schulinspektor solches verfügt hat.

33. Epileptische Kinder.

Ueber Kinder, welche von öfteren — täglichen oder wöchentlichen — epileptischen Zufällen heimgesucht werden, ist unverzüglich an den vorgesetzten Schulinspektor zu berichten.

34. Schulbäder.

In den mit einem Brausebade versehenen Schulen haben die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen dafür zu sorgen, daß tunlichst alle Kinder der betr. Klassen, soweit deren Gesundheitszustand solches gestattet, am Baden teilnehmen. Die während der Badestunden in den betreffenden Klassen beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen beteiligen sich an der Aufsicht bei dem Baden.

Die vorstehende Anweisung ist mittelst Erlasses des Herzoglichen Konsistoriums vom 28. März d. Js. Nr. 1814 genehmigt worden.

Braunschweig, den 8. April 1896.

Der Schulvorstand der Städtischen Bürgerschulen.

III. Schulordnung

für die

Städtischen Bürgerschulen

zu

Braunschweig.



1.

Der Unterricht beginnt morgens und nachmittags in der ersten Stunde pünktlich bei dem mit der Schulglocke zu gebenden Zeichen, und zwar morgens mit Gesang und Gebet.

2.

Jedes Kind hat sich so einzurichten, daß es 5 Minuten nach dem Vollschnlage in der Schule ist. Kein Kind darf früher als 15 Minuten vor dem Vollschnlage zur Schule kommen und hat sich dann sofort in seine Klasse zu begeben.

Die Knaben müssen bei dem Betreten des Schulhauses ihre Kopfbedeckung abnehmen und dürfen dieselbe erst bei dem Austritte aus dem Schulhause wieder aufsetzen.

Ohne Erlaubnis darf kein Kind, nachdem es bereits die Klasse betreten, dieselbe wieder verlassen.

Sobald ein Kind in das Schulzimmer tritt, hat es sich still an seinen Platz zu begeben, sich ruhig zu verhalten, den Platz nicht wieder zu verlassen (sich z. B. nicht an Ofen oder Fenster zu stellen) und sofort alle für den bevorstehenden Unterricht erforderlichen Bücher, Hefte usw. zurechtulegen, damit der Unterricht ohne dazwischentretende Störung seinen Anfang nehmen kann.

3.

Nach der 1., 2. und 3. Morgenstunde und nachmittags um 3 Uhr tritt eine Pause von 10 Minuten ein. Auf Anordnung des Schulinspektors kann bei heißem Wetter die nachmittägige Pause ausnahmsweise verlängert, auch der Nachmittagsunterricht ganz ausgesetzt werden.

4.

Die Kinder gehen in geregelter Ordnung aus der Klasse auf den Spielplatz. Nach Schluß der Pausen begeben sich die einzelnen Klassen in Ordnung nach ihren Schulzimmern. Während der Pausen darf kein Kind ohne Erlaubnis den Schulhof verlassen. Freies Bewegen und anständiges Spiel ist während der Pausen auf dem Schulhof erlaubt, aber Toben und Schreien, Werfen, Balgen und ungestümes Laufen verboten. Ohne Erlaubnis darf kein Kind während der Pausen im Schulzimmer oder im Schulgebäude zurückbleiben. Bei ungünstiger Witterung bleiben sämtliche Kinder in den Klassen oder auf den Korridoren, mit Ausnahme derjenigen, welche die Erlaubnis erhalten haben, auf kurze Zeit hinauszugehen.

5.

Der Unterricht wird in den letzten Morgen- und Nachmittagsstunden nicht eher, als mit dem Vollschnalge bei dem Zeichen mit der Glocke geschlossen; erst dann dürfen sich die Kinder zum Fortgehen bereit machen. Das Fortgehen der Kinder erfolgt bankweise.

6.

Im Schulzimmer müssen alle Kinder Ruhe und Anstand beobachten und haben sich alles Lärmens und Tobens gänzlich zu enthalten.

7.

Schulzimmer, Vorplätze, Schulgeräte, Lehrmittel usw. sind in Sauberkeit zu erhalten. Jedes Kind hat vor dem Betreten des Schulhauses und der Klasse seine Fußbekleidung an den angebrachten Vorrichtungen zu reinigen. Die Kinder dürfen nicht in die Bänke und Pulte schneiden oder dieselben beschmutzen. Jedes Kind hat seinen Platz reinzuhalten und bleibt dafür verantwortlich. Papierschnitzel und sonstige Abfälle sind in die dazu bestimmten Behälter zu werfen.

8.

Bei dem Einnehmen und Wechseln der Plätze dürfen die Kinder nicht über Tische und Bänke wegklettern oder wegschreiten.

9.

Jedes Schulkind ist sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen der Anstalt Achtung und Gehorsam schuldig und hat sich in- und außerhalb der Schule höflich gegen dieselben zu erweisen.

10.

Schüler und Schülerinnen haben die Schule regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Auf einen oder zwei Tage erteilt der Klassenlehrer, auf längere Zeit der Schulinspektor Urlaub, jedoch muß der Urlaub von dem

betr. Kinde selbst oder von dessen Eltern nachgesucht werden. Bestellungen durch andere Kinder oder sonstige Personen werden nicht berücksichtigt. Von einer durch andauernde Krankheit eines Kindes veranlaßten Schulversäumnis ist dem Lehrer Anzeige zu machen.

Mit Keuchhusten behaftete Kinder dürfen während der Dauer der Krankheit die Schule nicht besuchen. Mit Scharlach oder Rachenbräune behaftete Kinder sind während der Dauer der Krankheit und nach der Genesung solange vom Schulbesuche auszuschließen, bis glaubhaft, möglichst vom Arzte, bescheinigt ist, daß eine Gefahr der Ansteckung nicht mehr vorhanden ist.

Aus Familien, in welchen Kranke mit Scharlach oder Rachenbräune sich befinden, dürfen auch die nicht erkrankten Kinder die Schule nicht besuchen, bis die Bescheinigung des Arztes vorgelegt wird, daß eine Gefahr der Ansteckung nicht mehr vorhanden, beziehungsweise durch die von ihm getroffenen Anordnungen ausgeschlossen ist.

Schulversäumnisse, die nicht durch Krankheit hervorgerufen werden, sind in der Regel nur mit vorausgegangener Erlaubnis der Schule statthaft und ohne dieselbe strafbar.

11.

Die Kinder sollen rein und sauber, nicht in zer-rissener Kleidung, gekämmt und in reinlichem und ordentlichem Schuhwerke zur Schule kommen. Das Frühstück darf nur in Papier gewickelt oder in Büchsen mitgebracht werden und ist in den Pausen um 9 und 10 Uhr zu verzehren. Spielsachen und andere ungehörige Dinge dürfen gleichfalls nicht mit zur Schule gebracht werden.

12.

Jedes Kind hat einen bestimmten Platz auf der Bank, den es nicht willkürlich vertauschen darf. In jeder Klasse haben die zwei ersten Kinder in Abwesenheit des Lehrers die Aufsicht zu führen und die Ruhestörer demselben zur Anzeige zu bringen. Angeberei und Klatscherei wird hierbei, wie überall, nicht geduldet.

13.

Bei dem ersten Eintreten des Lehrers, der Lehrerin oder eines anderen Vorgesetzten in das Schulzimmer, oder auf ein bei besonderer Veranlassung gegebenes Zeichen erheben sich die Kinder von ihren Sitzen.

14.

Während des Unterrichts muß Stille herrschen. Bei dem Hervorholen und Wiederfortlegen der bei demselben nötigen Schulsachen ist möglichst jedes Geräusch zu vermeiden. Die Kinder sollen während des Unterrichts eine anständige Körperhaltung bewahren und die Hände nicht unter, sondern auf die Tische legen.

15.

Während des Gesanges oder Gebets bei dem Schul- anfangs darf kein Kind in das Schulzimmer treten. Die Unpünktlichen sind zu bestrafen.

16.

Kinder, welche etwas zu sagen, zu fragen oder zu beantworten wünschen, haben sich durch ein Zeichen mit der Hand zu melden.

Alles Antworten ohne Geheiß, das voreilige und vorlaute Sprechen, Zuflüstern usw. ist verboten.

17.

Die Kinder haben die eingeführten Bücher, Hefte und sonstigen Lehrmittel in der vorschriftsmäßigen Form zu führen und tunlichst sauber zu erhalten.

Diejenigen Schulkinder, welche die ihnen gelieferten Bücher und sonstigen Unterrichtsmittel in leichtsinniger oder gar mutwilliger Weise verwahrlosen und unbrauchbar machen, werden bestraft und müssen den angerichteten Schaden ersetzen.

18.

In den mit einem Brausebade versehenen Schulen sind solche Kinder, welche wegen erwiesener körperlicher Hindernisse nicht baden dürfen, zum Baden nicht zuzulassen.

19.

Auf dem Wege von und zu der Schule dürfen die Schulkinder sich nicht unnötig aufhalten, auch nicht lärmern, schreien, sich zanken oder sich schlagen.

20.

Gegen Mitschüler muß jedes Kind verträglich, freundlich, zuvorkommend, dienstfertig und gefällig sein.

21.

Gegen erwachsene Personen müssen die Schulkinder höflich, bescheiden und dienstfertig, Unbekannten gegenüber aber vorsichtig sein.

22.

Niemals dürfen die Kinder fremdes Eigentum nehmen oder verderben. Das Quälen der Tiere, das

Töten derselben ohne Zweck, das Zerstören von Vogel-
nestern, das Beschädigen öffentlicher Anlagen und Denk-
mäler ist streng verboten.

23.

Das Kind soll nichts essen und trinken, was der
Gesundheit schadet. Es darf kein unreifes Obst und
keine Beeren essen, die es nicht kennt; auch darf es
kein Wasser trinken, wenn es erhitzt ist.

24.

Vorstehende Schulordnung wird alljährlich Ostern
und Michaelis den Kindern mitgeteilt und eingeschärft.

Die vorstehende Schulordnung ist durch das Re-
skript des Herzoglichen Konsistoriums vom 28. März 1896
Nr. 1814 genehmigt worden.

Braunschweig, den 8. April 1896.

Der Schulvorstand der Städtischen Bürgerschulen.

